

Schwierigkeiten mit der Gleichheit

von Christina Ujma

Groß war die Freude der ausländischen Medien über Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen* – dessen Titel genauso krude daher kommt, wie der Inhalt. Endlich konnte man wieder liebgewonnene Klischees pflegen und über Deutsche schreiben, die seit dem Faschismus oder schon immer Schwierigkeiten mit der Gleichheit hätten. Während das auf Kohl oder Schröder noch hervorragend passte, ging das kürzlich mit Angela Merkel nicht mehr so einfach, ihre Bemühungen um eine zeitgemäße Frauenpolitik, die zaghafte Versuche mit ethnischen Minderheiten ins Gespräch zu kommen, blieben nicht unbemerkt. Da ist der ehemalige Berliner Finanzsenator und Bundesbanker Sarrazin für viele ausländische Presseleute das ideale Feindbild, denn er stellt das klassische Beispiel des autoritären Vertreters der deutschen Elite dar, der arrogant und ignorant auf ethnischen Minderheiten und Unterprivilegierten herumtrampelt.

Sarrazin als Widergänger

Für die meisten Engländer oder Franzosen ist es schwer nachvollziehbar, wie sehr sich die gehobenen Schichten der Bundesrepublik abschotten, wie stark die Politik immer noch eine Sphäre ist, die von hellhäutigen westdeutschen Mittelschichtsmännern dominiert ist; die spärlich vorhandenen Frauen haben, abgesehen von Angela Merkel, wenig zu sagen und MigrantInnen bzw. deren Nachkommen sind kaum anzutreffen. In den Nachbarländern sind Angehörige ethnischer Minderheiten allgegenwärtig, sind Gewerkschaftsvorsitzende oder NachrichtensprecherInnen, bevölkern wie selbstverständlich die Universitäten als Studierende und Lehrende, sind Polizistin, Stewardess oder BusfahrerIn.



☞ Dr. phil. Christina Ujma ist Wissenschaftlerin und Publizistin und lebt in Berlin.

Foto: privat

Klassische Ausländer-Ghettos wie Berlin-Neukölln, Hamburg-Wilhelmsburg, Duisburg-Marxlohe oder Bremen-Tenever gibt es in England oder Frankreich genau so, aber auch gewalttätige Aufstände, wenn deren BewohnerInnen sich ungerecht behandelt fühlen. Das bringt dann neben viel Ärger mit der Polizei dann meist auch das Geld für neue Programme.

Die vor allem im Ausland geäußerte Annahme, dass Sarrazin die Verkörperung des hässlichen Deutschen und Widergänger der bösen Geister der deutschen Vergangenheit ist, sind wahrlich nicht unbegründet: Biologische Zuschreibungen von ethnischer Minderwertigkeit, gepaart mit Überfremdungsszenarien und demographischen Untergangspropheteiungen, sind ein Muster, das bereits Antisemitismus und Hetze gegen Juden und Polen im 19. Jahrhundert kennzeichnete. Sarrazins Äußerungen, die eigentlich so von einer antiquierten Böswilligkeit und Schlichtheit sind, dass sie eher einer dilettantischen Kabarettvorstellung entspringen scheinen als dem politischen Diskurs. Sie wären von der Öffentlichkeit wohl als Blödsinn abgetan worden, wenn sie nicht von einem führenden Politiker der SPD vorgetragen worden wären, der einen traurigen Rekord in der Beschimpfung

von Armen und Unterprivilegierten hält, womit bisher gut durchgekommen ist. Zynisch könnte man sagen, dass die permanenten Schimpfkanonaden, die Sarrazin als Berliner Finanzsenator gegen Hartz IV Empfänger und Arme vorgetragen hat, ihm einen Job im Bundesbankvorstand eingetragen haben und erst der Rassismus seiner Karriere ein vorzeitiges Ende beschert hat.

Bildung braucht Antidiskriminierungsgesetz

Was ist eigentlich mit der politischen Kultur der SPD passiert, dass sie solche Leute jahrelang in Spitzenpositionen wählt, aber keine Angehörigen ethnischer Minderheiten in ihren Führungskadern aufzuweisen hat? Wieso gibt es in vielen unserer Nachbarländer auf Betreiben der Sozialdemokratie Equal Opportunity und Affirmative Action Politiken, Anti-Diskriminierungsstaatsanwaltschaften und dergleichen, aber in der deutschen SPD Spitzenpolitiker, die sich explizit dem Gegenteil verschrieben haben. Denn als Berliner Finanzsenator trägt Sarrazin zumindest einen Gutteil der Mitschuld daran, dass es mit Sprach- und Integrationsförderung sowie der Gleichstellung in der Stadt nicht weit her ist. Sich jetzt hinzustellen und die von ihm geförderten Mißstände zu beklagen, kann man nur perfide nennen. Dass die SPD Führung es für nötig hält, auf Sarrazins Politik insoweit einzuschwenken, dass sie nun von härteren Maßnahmen gegen sogenannte „Integrationsverweigerer“ spricht, kann da eher als peinlich angesehen werden. Denn die von der Partei favorisierten Kurse sind knapp und bringen nicht viel, wie zahlreiche Innenminister freimütig einräumen.

Erstens sind die Ziele für bildungsferne TeilnehmerInnen zu hoch gesteckt, zweitens ist ihre pädagogische Qualität höchst dubios, so dass die Durchfallquoten hoch sind. Das liegt auch daran, dass vielerorts keine qualifizierten Lehrkräfte zu finden sind, die

für die hier angebotenen Dumpinglöhne arbeiten wollen. Vor allem in Berlin sind die Löhne so kläglich, dass die Lehrkräfte kaum über Hartz IV Niveau kommen, wie die GEW kürzlich in ihrem ‚Schwarzbuch Weiterbildung‘ anprangerte und darauf hinwies, dass diese Missstände in staatlich finanzierten Bildungsmaßnahmen allgemein üblich sind. Womit sich die hehren Reden über Integration durch Bildung einmal mehr als Makulatur erweisen.

Unbestritten ist, dass MigrantInnen und Menschen mit ausländisch klingendem Namen deutlich schlechtere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben. Der öffentliche Dienst geht hier mit schlechtem Beispiel voran, da haben auch AkademikerInnen mit Migrationshintergrund wenig Chancen, weshalb es sie häufiger ins Ausland zieht. Es ist MigrantInnen und ihren eingebürgerten Nachkommen schwer zu vermitteln, warum sie sich bilden sollten, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt sowieso kaum Chancen haben und allerhöchstens Jobs bekommen, deren Bildungsanforderungen ebenso bescheiden wie deren Bezahlung ist. Damit Bildung auch beruflich umgesetzt werden kann, müsste der Diskriminierung von sozialdemokratischer Seite offensiv entgegen gewirkt werden, z.B. mit einem Antidiskriminierungsgesetz das Zähne hat. Flankiert werden sollte das von einer Politik, die sich der Gleichheit als vorrangiger Aufgabe verschreibt und nicht nur mit dem durch die Demographie drohenden Fachkräftemangel argumentiert. Denn eigentlich ist die Gleichheit ein ursozialdemokratisches Anliegen, dass in den letzten 10 Jahren, wie so viele Politikfelder, die eigentlich zum Markenkern bzw. zur Identität der Sozialdemokratie gehören, in Vergessenheit geraten ist. ■